

28. Juli 2010

Bauwirtschaft kritisiert vorgesehene Kürzung der Bundesmittel für die Städtebauförderung

Mannheim. Die Bauwirtschaft Nordbaden wendet sich gegen Pläne von Bundesminister Dr. Raumsauer, die Mittel für Städtebauförderung für das Jahr 2011 um die Hälfte auf 305 Mio. € zu kürzen. Wie Verbandsgeschäftsführer Thomas Möller betont, dienen die Städtebauförderungsmittel nicht nur dazu, eine strukturelle Anpassung der Städte und Gemeinden an veränderte Rahmenbedingungen vorzunehmen. Vielmehr sei die Städtebauförderung auch ein wichtiges konjunktur- und beschäftigungspolitisches Instrument, welches für erhebliche Folgeinvestitionen im privaten und öffentlichen Sektor Sorge. So habe das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ermittelt, dass jeder Förder-Euro rund acht weitere Euro an öffentlichen und privaten Investitionen nach sich ziehe.

Diese Investitionen, so Möller, nutzen oftmals dem lokalen Baugewerbe bzw. Handwerk. Insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten seien Sie ein unverzichtbarer Bestandteil der Unternehmen für eine verstärkte Beschäftigung ihrer Mitarbeiter. Gerade vor dem Hintergrund der 2011 auslaufenden Konjunkturprogramme sei deshalb eine Beibehaltung der Städtebaufördermittel in bisheriger Höhe zwingend geboten.